

Glyphosat- verbot:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland in der EU für ein Verbot des wahrscheinlich krebserregenden Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat eintritt?



Klaus Peter
Wennemann (FDP)

Ja Nein



Jutta Krellmann
(Die Linke)

Ja Nein



Ute Michel
(B 90/Grüne)

Ja Nein



Michael Vietz
(CDU)

Ja Nein



Johannes Schraps
(SPD)

Ja Nein

Bemerkung:

Solange die wissenschaftliche Grundlage unklar ist, halte ich das Verbot für Unsinn.

Bemerkung:

Besonders umweltschädliche Pestizide wie Glyphosat wollen wir sofort verbieten. Der "Nationale Aktionsplan Pflanzenschutz" soll zu einem wirkungsvollen Plan zur Senkung von Pestiziden in Deutschland umgestaltet werden.

Wahlprüfsteine überparteilicher Organisationen zur Bundestagswahl 2017: Zusammenstellung der Antworten, Weitere Infos: http://hameln-pyrmont.bund.net/themen_und_projekte/wahlen/bundestagswahlen_2017/

Bemerkung:

Keine

Bemerkung:

Wenn man wissenschaftliche Beiräte und Institute beschäftigt, die das Risiko unterm Strich als nicht bedeutend betrachten, dann sollte man auch darauf hören. Wenn diese Einrichtungen zu dem Schluss kommen, dass die Risiken zu hoch sind, dann unterstütze ich Verbote. Kommen sie zu einem anderen Schluss, dann nicht.

Bemerkung:

Vor dem Hintergrund nach wie vor bestehender Unsicherheiten über die gesundheitlichen Risiken von Glyphosat halte ich die Verlängerung der Zulassung dieses Pestizids für falsch.

Freihandel:

Werden Sie sich persönlich dafür einsetzen, dass das Handelsabkommen CETA nicht ratifiziert wird, um die stark kritisierten Schiedsgerichte zu verhindern?



Klaus Peter Wennemann (FDP)

Ja Nein



Jutta Krellmann (Die Linke)

Ja Nein



Ute Michel (B 90/Grüne)

Ja Nein



Michael Vietz (CDU)

Ja Nein



Johannes Schraps (SPD)

Ja Nein

Bemerkung:

Ich habe in der Praxis mit den Schiedsgerichten positive Erfahrungen, wie auch die ganz überwiegende Mehrheit deutscher Unternehmen.

Bemerkung:

Wir werden uns weiter allen Handels- und Investitionsabkommen widersetzen, die Verschlechterungen der Rechte der Beschäftigten, im Verbraucher-, Umwelt, und Klimaschutz und beim Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie der Förderung von Kulturgütern bedeuten. Schiedsgerichte sind undemokratisch und nutzen nur Unternehmen.

Bemerkung:

Keine

Bemerkung:

Ich halte Freihandelsabkommen, nicht nur CETA und TTIP, für einen wesentlichen Beitrag, mit dem wir zum einen unseren eigenen Wohlstand sichern sowie zum anderen auch für eine bessere weltweite Entwicklung – nicht nur der Wirtschaft – sorgen. Wenn wir zurückdenken, waren sowohl der Deutsche Zollverein als auch die frühe Europäische Gemeinschaft im Wesentlichen Freihandelszonen, die letztendlich auch zu vielen positiven politischen Entwicklungen führten.

Zu den Schiedsgerichten: Zum einen sind sie eine deutsche Erfindung im Rahmen der Investitionsschutzabkommen, zum anderen gibt es sie sehr erprobt auf vielen staatlichen und überstaatlichen Ebenen. Weiterhin wird die Anzahl der vor Schiedsgerichten verhandelten Fälle in der breiten Öffentlichkeit überschätzt. Ich gehe aber davon aus, dass sich auf längere Sicht internationale Handelsgerichtshöfe etablieren werden, wenn protektionistisches Denken dies nicht blockiert.

Bemerkung:

Dies ist aus meiner Sicht keine Frage, die man mit ja oder nein beantworten kann. Man kann gegen Schiedsgerichte sein, muss deshalb CETA aber nicht kategorisch ablehnen. Ich halte Freihandelsabkommen prinzipiell für gute Instrumente, um unsere Möglichkeiten Handel zu betreiben zu erleichtern. Dabei kommt es aber auf die Ausgestaltung an. Ich kenne das CETA-Abkommen nicht derart im Detail, um das eindeutig bewerten zu können. Ich halte jedoch Freihandelsabkommen, die viele sehr unterschiedliche Bereiche vereinen für eher fragwürdig. Handelsabkommen sind meiner Ansicht Aushandlungsprozesse. Und die sollte man dort beginnen, wo man nah beieinander ist. In diesen Bereichen kann man gemeinsame Standards umsetzen und so seine Handelsbeziehungen vertiefen. Schiedsgerichte halte ich ebenso prinzipiell für schwierig, weil juristische Entscheidungen zu Handelsfragen nach meinem Dafürhalten in internationalen juristischen Institutionen entschieden werden sollten und nicht mit halbprivaten, undurchsichtigen Schiedsgerichten.

Wahlprüfsteine überparteilicher Organisationen zur Bundestagswahl 2017: Zusammenstellung der Antworten
Weitere Infos: http://hameln-pyrmont.bund.net/themen_und_projekte/wahlen/bundestagswahlen_2017/

Kohleausstieg:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland den Kohleausstieg 2018 beschließt und sozial verträglich schnellstmöglich verbindlich umsetzt?



Klaus Peter Wennemann (FDP)

Ja Nein



Jutta Krellmann (Die Linke)

Ja Nein



Ute Michel (B 90/Grüne)

Ja Nein



Michael Vietz (CDU)

Ja Nein



Johannes Schraps (SPD)

Ja Nein

Bemerkung:

Keine

Bemerkung:

Wir wollen einen zügigen und sozial abgedeckten Ausstieg aus der Kohlestromversorgung. Der EU-Emissionshandel hat versagt. Wir fordern ein nationales Kohleausstiegsgesetz. Der schrittweise Kohleausstieg soll 2018 beginnen und spätestens 2035 abgeschlossen sein. Der Strukturwandel darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen – daher fordern wir einen Strukturwandelfonds in Höhe von jährlich 250 Millionen.

Wahlprüfsteine überparteilicher Organisationen zur Bundestagswahl 2017: Zusammenstellung der Antworten
Weitere Infos: http://hameln-pyrmont.bund.net/themen_und_projekte/wahlen/bundestagswahlen_2017/

Bemerkung:

Keine

Bemerkung:

Über kurz oder lang werden wir auch aus der Nutzung der Kohle in der Energiegewinnung aussteigen. Ein konkretes Zeitfenster kann ich nicht nennen. Bei allen „Aus-“ und „Umstiegen“ müssen wir auch darauf achten, dass wir sowohl unsere Bevölkerung als auch unsere Wirtschaft nicht überfordern und ihnen direkte und indirekte Kosten aufbürden, die unsere Wettbewerbsfähigkeit noch mehr belasten. Am Ende des Tages werden wir auch nur dann eine umweltfreundlichere und – gerechtere Gesellschaft verwirklichen können, wenn wir es uns auch leisten können. Gerade wenn es um die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung geht.

Bemerkung:

Ich halte es aus Gründen des Klimaschutzes für wichtig, den Kohleausstieg voranzutreiben. Es ist aber tatsächlich sehr wichtig, bei der Umsetzung die Sozialverträglichkeit des Ausstiegs im Blick zu haben.

Biotop- verbund:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass mit konkreten finanziell hinterlegten Programmen weiter Wildnisgebiete/Naturerbewälder und Biotopverbünde (grünes/blauges Band) initiiert und dauerhaft gesichert werden?



Klaus Peter
Wennemann (FDP)

Ja Nein



Jutta Krellmann
(Die Linke)

Ja Nein



Ute Michel
(B 90/Grüne)

Ja Nein



Michael Vietz
(CDU)

Ja Nein



Johannes Schraps
(SPD)

Ja Nein

Bemerkung:

Keine

Bemerkung:

Natur, Umwelt und Klima sind öffentliche Güter und unsere Lebensgrundlage, die es zu schützen gilt. Wir wollen ein länderübergreifend zusammenhängender Biotopverbund und das Bundesprogramm „Biologische Vielfalt“ auf mindestens 50 Mio. Euro jährlich aufstocken.

Wahlprüfsteine überparteilicher Organisationen zur Bundestagswahl 2017: Zusammenstellung der Antworten
Weitere Infos: http://hameln-pyrmont.bund.net/themen_und_projekte/wahlen/bundestagswahlen_2017/

Bemerkung:

Keine

Bemerkung:

Grundsätzlich bin ich dafür, wo sinnvoll, auch weitere solcher Gebiete zu unterstützen. Nichtsdestotrotz haben wir hier auch auf einen Ausgleich von Mensch und Natur zu achten, so dass wir am Ende auch noch genug Flächen zum Leben und Arbeiten zur Verfügung haben.

Bemerkung:

Keine

Klimaschutz:

Werden Sie sich für eine Streichung von klimaschädlicher Subventionen, konkret die Vergünstigungen für Dieselkraftstoffe, hochpreisige Dienstwagen und den Flugverkehr einsetzen?



Klaus Peter Wennemann (FDP)

Ja Nein



Jutta Krellmann (Die Linke)

Ja Nein



Ute Michel (B 90/Grüne)

Ja Nein



Michael Vietz (CDU)

Ja Nein



Johannes Schraps (SPD)

Ja Nein

Bemerkung:

Generell ja, aber immer orientiert am Einzelfall und nicht mit Pauschalurteilen und Neid Debatten

Bemerkung:

Wir wollen natur- und umweltzerstörende Subventionen abbauen und die freiwerdenden Gelder in Natur- und Umweltprogramme investieren.

Bemerkung:

Keine

Bemerkung:

Auch hier gilt, dass die Erfordernisse von Mensch und Natur in Ausgleich zu bringen sind. Wobei mir bei den genannten Beispielen die Dienstwagen relativ egal wären.

Bemerkung:

Keine

Massen- tierhaltung:

Werden Sie sich für einen konsequenten Subventionsstopp für Massentierhaltungsanlagen und Großschlachthöfe einsetzen?



Klaus Peter
Wennemann (FDP)

Ja Nein



Jutta Krellmann
(Die Linke)

Ja Nein



Ute Michel
(B 90/Grüne)

Ja Nein



Michael Vietz
(CDU)

Ja Nein



Johannes Schraps
(SPD)

Ja Nein

Bemerkung:

Auch hier orientiert an konkreten Fällen und nicht pauschal.

Bemerkung:

Wir wollen eine Nutztierhaltung die flächengebunden, auf einheimische Nachfrage bezogen und tiergerecht ist. Wir wollen Bestandsobergrenzen für Regionen und Standorte einführen und Formen der Nutztierhaltung mit quälerischen Produktionsweisen und einem hohen Bedarf an Antibiotika verbieten. Kontrollen müssen verschärft und Verstöße härter bestraft werden

Bemerkung:

Keine

Bemerkung:

Stattdessen finanzielle Förderung von Umweltschutz und Tierwohl als neue Einkommensmöglichkeiten für Bäuerinnen und Bauern, Haltungskennzeichnung für alle tierischen Produkte und gesetzliche Tierschutzstandards.

Bemerkung:

Keine

Wahlprüfsteine überparteilicher Organisationen zur Bundestagswahl 2017: Zusammenstellung der Antworten
Weitere Infos: http://hameln-pyrmont.bund.net/themen_und_projekte/wahlen/bundestagswahlen_2017/

Ihr Fokus:

Nennen Sie ein weiteres, Ihnen persönlich wichtiges Anliegen zum Themenfeld Umwelt- und Naturschutz



Klaus Peter Wennemann (FDP)

Umwelt- und Naturschutz muss mit Menschen und für Menschen gemacht werden und ist keine Ideologie.



Jutta Krellmann (Die Linke)

AKW Grohnde endlich stilllegen! Grundwasser vor Verunreinigung durch Nitrat schützen!



Ute Michel (B 90/Grüne)

Sichere Lagerung des Atommülls.



Michael Vietz (CDU)

Mein wichtigstes Anliegen ist, dass wir bei allen Anstrengungen zu Umwelt- und Naturschutz die Bedürfnisse der Menschen nicht vergessen!



Johannes Schraps (SPD)

Weserversalzung – deutliche Positionierung gegen massive Einleitung von Kali-Abwässern in die Weser.

Ihr Fokus:

Machen Sie mit!
Stimmen Sie über die abgefragten Themen ab
und wählen Sie Ihren Fokus!

Glyphosatverbot:

Sollte das umstrittene Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat verboten werden?

Ja Nein

Freihandel:

Sollte Deutschland dem Handelsabkommen CETA beitreten?

Ja Nein

Kohleausstieg:

Sollte Deutschland den Kohleausstieg 2018 sozialverträglich beschließen?

Ja Nein

Ihr Fokus

Welches Themenfeld aus dem Umwelt- und Naturschutz interessiert Sie?

- Glyphosatverbot
- Freihandel
- Kohleausstieg
- Biotopverbund
- Klimaschutz
- Massentierhaltung
- Etwas anderes

Biotopverbund:

Sollten weitere Biotopverbünde gegründet und finanziell unterstützt werden?

Ja Nein

Klimaschutz:

Sollten klimaschädliche Subventionen für Verkehr gestrichen werden?

Ja Nein

Massentierhaltung:

Sollten Massentierhalter- und Großschlachthofs-Subventionen gestoppt werden?

Ja Nein

Ihre Meinung interessiert uns: Füllen Sie einen eigenen Fragebogen aus!

Ihre Wertung präsentieren wir auf:

http://hameln-pyrmont.bund.net/themen_und_projekte/wahlen/bundestagswahlen_2017/

Mögliche Antworten: Ja Nein | Ja Nein | Ja Nein (Jein) | Ja Nein (Egal)